

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

SECRET

25X1

COUNTRY East Germany

REPORT

SUBJECT Merger of Post and Tele-communications Schools

DATE DISTR.

MAY 1959

NO. PAGES 1

REFERENCES RD

DATE OF INFO.
PLACE &
DATE ACQ.

25X1

25X1

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS TENTATIVE

1. Effective 1 September 1958, the Fachschule fuer Post- und Fernmeldewesen "Rosa Luxemburg" in Leipzig and the Ingenieurschule fuer Fernmelde - und Funkwesen in Koenigs-Wusterhausen were combined into one school with the name Ingenieurschule fuer Post- und Fernmeldewesen, Rosa Luxemburg located in Leipzig, S-3, Gustav-Freytag Strasse 43-45. The "Jenny Marx" Fachschule fuer Postwesen in Naumburg (Saale) has been attached to the above school as an external branch and will remain in its present location. The training of radio engineers will continue on a temporary basis in Koenigs-Wusterhausen.

25X1

SECRET

STATE	#X	ARMY	#X	NAVY	X	AIR	#X	FBI		AEC		ORR	EV	X
(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)														

25X1

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

25X1

Page Denied

SECRET

Ausgabe A

25X1

Verfügungen und Mitteilungen

des Ministeriums für



Post- und Fernmeldewesen

Jahrgang 1959

Berlin W 66, den 23. Januar 1959

Nummer 5

Inhalt

Verfügungen:

Allgemeines

- Nr. 23 Fachschulstudium an der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen — Anweisung Nr. 14 21

Betriebsdienst

— Post —

- Nr. 24 Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1959 25

— Zeitungsvertrieb —

- Nr. 25 Formblätter für die Lohnberechnung der Zeitungszusteller 26

Mitteilungen:

- Nr. 8 Sonder- und Werbestempel 26

Seite

Verfügungen Allgemeines

Nr. 23/1959. Fachschulstudium an der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen — Anweisung Nr. 14

Die Aufgaben der Deutschen Post beim Aufbau des Sozialismus stellen an die Qualifikation der Beschäftigten große Anforderungen und erhöhen die Bedeutung der Fachschulausbildung. Um die Auswahl, Delegation und Betreuung der Fachschüler zu verbessern, wird folgende Anweisung erlassen:

1. Zusammenlegung der Fachschulen

Die bisherige Fachschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg“ in Leipzig und die Ingenieurschule für Fernmelde- und Funkwesen in Königs Wusterhausen/Berlin sind mit Wirkung vom 1. September 1958 zu einer Schule vereinigt worden. Diese neugebildete Fachschule führt die Bezeichnung „Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen „Rosa Luxemburg““ und hat ihren Sitz in Leipzig S 3, Gustav-Freytag-Straße 43—45.

Die bisherige Fachschule für Postwesen „Jenny Marx“ in Naumburg (Saale) ist der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen als Außenstelle (Abteilung) angeschlossen worden. Die Funker werden vorübergehend im Gebäude der Spezialschule der Deutschen Post in Königs Wusterhausen ausgebildet.

Die Ingenieurschule untersteht nach der Verordnung über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik vom 13. Februar 1958 (GBI. I, S. 175) dem Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen.

An der Ingenieurschule kann der Fachschulabschluß in den zugelassenen Fachrichtungen des Postwesens, des Fernmeldewesens und des Funkwesens im Direktstudium, im Fernstudium und als Externer erworben werden.

2. Aufnahmen am 1. September 1959

2.1 Direktstudium

Zum 1. September 1959 werden für folgende Fachrichtungen Fachschüler aufgenommen:

			Anzahl Studiendauer der Plätze
Mittlerer			
Postbetriebsdienst	1	Jahr	160
Postwirtschaftler weitere	2	Jahre	28
Fernmeldewirtschaftler	2 1/2	Jahre	28
Fernmelde-Ingenieure	3	Jahre	54
Funksende-Ingenieure	3	Jahre	56
Ton-Ingenieure	3	Jahre	28
Funker	2	Jahre	30

SECRET

Alle Bewerber (außer Fernmeldewirtschaftler) müssen nach der Facharbeiterprüfung mindestens ein Jahr tätig gewesen sein oder auf Grund langjähriger praktischer Tätigkeit gleichwertige Kenntnisse besitzen.

Für die Zulassung zum Studium „Postwirtschaftler“ wird der Fachschulabschluß „Angestellter für den mittleren Postbetriebsdienst“ (Direktstudium, Fernstudium oder als Externer) gefordert, so daß die Gesamtdauer der Ausbildung zum Postwirtschaftler im Direktstudium drei Jahre beträgt.

Zum Studium „Fernmeldewirtschaftler“ können nur Abiturienten delegiert werden. Dabei sind Bewerber zu bevorzugen, die bereits in den Fernmeldeämtern beschäftigt sind.

Zum Ingenieur-Studium werden Bewerber bevorzugt zugelassen, die den Mittelschulabschluß nachweisen (s. Anordnung über die Erhöhung der Anforderungen an Bewerber für das Fachschulstudium vom 1. Oktober 1957 [GBl. I, S. 541]). Der Auswahl weiblicher Kräfte für das Ingenieur-Studium ist besondere Bedeutung beizumessen.

Für das Studium „Funker“ werden die Maßnahmen zur Auswahl der Bewerber vom Bereich Rundfunk und Fernsehen erlassen.

Bewerber, die in Ehren aus den bewaffneten Organen entlassen worden sind, werden bevorzugt zugelassen. Die Ämter und Betriebe haben deshalb mit allen Beschäftigten, die zur Zeit ihren Ehrendienst ableisten, Verbindung zu halten und die Voraussetzungen für eine Delegierung zu prüfen oder zu schaffen.

2.2 Fernstudium

Für folgende Fachrichtungen werden Fernstudenten aufgenommen:

	Studiendauer
Mittlerer Postbetriebsdienst	2 Jahre
Postwirtschaftler	weitere 3 Jahre
Übertragungstechniker	3 Jahre
Vermittlungstechniker	3 Jahre
Fernmelde-Ingenieure	5 Jahre
Funksende-Ingenieure	5 Jahre

Für die Zulassung zum Fernstudium werden eine mindestens zweijährige Beschäftigung als Facharbeiter oder in langjähriger praktischer Tätigkeit erworbene gleichwertige Kenntnisse vorausgesetzt.

Für das Fernstudium „Postwirtschaftler“ wird der Fachschulabschluß „Angestellter für den mittleren Postbetriebsdienst“ (Direktstudium, Fernstudium oder als Externer) gefordert.

Das verkürzte Fernstudium ist ab 1959 nicht mehr zugelassen.

Beim Nachweis entsprechender Kenntnisse durch den Bewerber gegenüber der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen kann das Studium in einem fortgeschrittenen Studienjahr aufgenommen werden. Der Nachweis ist durch Zeugnisse oder durch eine Prüfung zu erbringen. Über die Einstufung in das Studienjahr entscheidet die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen.

Befreiungen von bestimmten Fächern wird die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen im Fernstudium nur unter folgenden Bedingungen gewähren:

- für die Fächer Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium, Deutsch, Mathematik, Physik und Chemie beim Nachweis eines durch Prüfung abgeschlossenen Studiums an einer Hoch-, Fach- oder Ingenieurschule;
- für die sonstigen Fächer durch Ablegen einer Befreiungsprüfung, in der die im Lehrplan geforderten Kenntnisse nachzuweisen sind.

2.3 Delegierung und Aufnahme der Bewerber

Die Auswahl und Delegierung hat nach den sozialistischen Kaderprinzipien zu erfolgen. Zum Fachschulstudium können nur solche Bewerber vorgesehen werden, die fachlich und gesellschaftlich am Aufbau des Sozialismus mitarbeiten.

Die Zulassung zum Studium an der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen setzt für das Direkt- und für das Fernstudium eine Delegierung seitens des Amtes, des Betriebes oder der Dienststelle der Deutschen Post voraus. Bei den Delegierungen, die in den Gewerkschaftsgruppen oder in Produktionsberatungen zu erörtern sind, ist von dem Kaderbedarf auszugehen. Deshalb werden keine Sollzahlen festgelegt.

Das Delegierungsschreiben hat außer der Beurteilung des Bewerbers durch die Kaderabteilung, aus der auch die Einschätzung seitens der gesellschaftlichen Organisationen zu ersehen sein muß, die Perspektive für den Einsatz nach dem Abschluß des Studiums zu enthalten. Dem Delegierungsschreiben sind folgende Unterlagen beizufügen:

- Aufnahmeantrag für Fachschulen (HSch 2025). Die Anlage 1 des Aufnahmeantrages gilt nur für das Direktstudium;
- 2 Lichtbilder;
- handgeschriebener Lebenslauf;
- Nachweis über die abgeschlossene Berufsausbildung oder über die entsprechende praktische Tätigkeit (Zeugnisabschriften);
- amtsärztliches Gesundheitszeugnis (nur für das Direktstudium).

Die Ämter und Betriebe übersenden bis spätestens 20. März 1959 die Delegierungsunterlagen an die zuständige Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen. Die Ämter und Betriebe des Bereichs Rundfunk und Fernsehen übersenden die Unterlagen bis zum gleichen Zeitpunkt an den Bereich Rundfunk und Fernsehen, die dem Ministerium für Post- und Fernmeldewesen unmittelbar unterstellten Ämter und Betriebe an die Abteilung Kader und Schulung des MPF.

Die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen haben die Ämter und Betriebe bei der Auswahl und Delegierung der Bewerber anzuleiten und zu kontrollieren. Die Bezirksdirektionen übersenden sämtliche von ihnen befürworteten Delegierungsunterlagen bis spätestens 15. April 1959 an die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen.

SECRET

„Rosa Luxemburg“, Leipzig S 3, Gustav-Freytag-Straße 43—45. Die abgelehnten Delegierungsvorschläge sind den Ämtern und Betrieben mit einer Begründung zurückzusenden. Das gilt sinngemäß auch für den Bereich Rundfunk und Fernsehen und die Abteilung Kader und Schulung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen.

Die Abteilung Kader und Schulung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen wird die Delegierungen bei den Bezirksdirektionen und bei der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen überprüfen.

Die Aufnahmeprüfungen für die Bewerber finden im Juni 1959 in der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen statt. Dabei wird vorausgesetzt, daß die Bewerber den Lehrstoff des Vorbereitungsmaterials (s. Abschnitt 3) beherrschen. Den endgültigen Bescheid über die Zulassung zum Studium erteilt die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen über die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen und den Bereich Rundfunk und Fernsehen unverzüglich nach dem Abschluß der Aufnahmeprüfungen. Die Ablehnungen durch die Ämter, die Bezirksdirektionen, den Bereich Rundfunk und Fernsehen oder die Ingenieurschule sind den Bewerbern durch das Amt oder den Betrieb mündlich zu erläutern.

3. Vorbereitung der Studienbewerber

Die Vorbereitung der Studienbewerber ist nach einheitlichen Prinzipien vorzunehmen. Sie dient der Einführung in den Lernprozeß und hat gleichzeitig die Aufgabe, zum Studienbeginn ein einheitliches Anfangsniveau zu sichern.

3.1 Praktische Vorbereitung

Die Studienbewerber sind zur praktischen Vorbereitung auf den Fachschulbesuch in den verschiedenen Dienstzweigen der einzelnen Fachrichtungen vielseitig zu beschäftigen. Dabei sind besonders solche Dienstzweige auszuwählen, in denen die Bewerber geringe praktische Fertigkeiten und Erfahrungen besitzen.

3.2 Theoretische Vorbereitung

Die Anordnung über die Erhöhung der Anforderungen an Bewerber für das Fachschulstudium vom 1. Oktober 1957 (GBl. I, S. 541) sieht vor, in der weiteren Entwicklung schrittweise den Mittelschulabschluß zur Voraussetzung für die Aufnahme eines Fachschulstudiums zu machen. Eine Anweisung des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen vom 26. Februar 1958 erweitert diese Forderung auch auf Bewerber für das Fachschulfachstudium. Um den Werkträgern die Möglichkeit zu geben, den Mittelschulabschluß zu erwerben, sind die Volkshochschulen beauftragt worden, hierfür Lehrgänge durchzuführen und Prüfungen abzunehmen.

Da diese Regelung bei der Vorbereitung des Studienjahres 1959/60 nicht wirksam werden kann, ist wie folgt zu verfahren:

a) Fernmelde- und Funkwesen

Die Studienbewerber (Direkt- und Fernstudium) dürfen nur nach dem Lehrplan vor-

bereitet werden, den die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen mit den Anforderungen für die Aufnahmeprüfung den Fernmeldeämtern und dem Bereich Rundfunk und Fernsehen übersendet. Dieser Lehrplan muß allen Bewerbern ausgehändigt werden.

Die für ein Studium vorgesehenen Mitarbeiter bereiten sich nach dem Lehrplan und der angegebenen Literatur grundsätzlich im Selbststudium vor. Entsprechend den örtlichen Verhältnissen können zur Unterstützung der Bewerber Abendlehrgänge (in Orten mit mehreren Ämtern gegebenenfalls gemeinsam) organisiert und Patenschaften übernommen werden. In diesen Fällen ist nach den VMBI.Vf.Nr. 72/1954, Seite 39, und 200/1956, Seite 125, zu verfahren. Die Studienbewerber, die ihr Fachschulstudium im Jahre 1960 und später aufnehmen wollen, setzen sich wegen der Teilnahme an entsprechenden Lehrgängen umgehend mit der örtlich zuständigen Volkshochschule in Verbindung.

b) Postwesen

Die Vorbereitung zum Studium für den mittleren Postbetriebsdienst (Einjahresstudium) ist nach dem zu dieser Verfügung als Sonderdruck herausgegebenen Lehrplan durchzuführen. Dieser Plan ist verbindlich.

Auch hier bereiten sich die für das Studium vorgesehenen Mitarbeiter grundsätzlich im Selbststudium vor. Bei der Organisation von Abendlehrgängen (in Orten mit mehreren Ämtern gegebenenfalls gemeinsam) und bei der Übernahme von Patenschaften ist nach den unter 3.2 a) genannten VMBI.Vf. zu verfahren.

Das Studium zum Postwirtschaftler (zusätzliche Studiendauer im Direktstudium zwei Jahre und im Fernstudium drei Jahre) setzt ohne Ausnahme den erfolgreichen Abschluß des Studiums „Mittlerer Postbetriebsdienst“ voraus.

Da in der Vergangenheit wiederholt festgestellt worden ist, daß Studienbewerber die Unterlagen für die Vorbereitung auf ein Fachschulstudium nicht kannten, wird nochmals darauf hingewiesen, daß das jeweilige Material jedem Studienbewerber auszuhändigen ist.

Die theoretische Vorbereitung für das am 1. September 1959 beginnende Studienjahr ist bis zum 31. Mai 1959 zu beenden, weil die Aufnahmeprüfungen im Juni 1959 stattfinden.

4. Betreuung während des Studiums

4.1 Direktstudium

Die Ämter und Betriebe sind verpflichtet, mit den von ihnen delegierten Fachschülern enge Verbindung zu halten, z. B. durch den Besuch an der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen oder durch die Berichterstattung des Schülers während der Ferien. Den Ämtern und Betrieben wird empfohlen, Verpflichtungen zur finanziellen und fachlichen Unterstützung der Fachschüler in die Betriebskollektivverträge aufzunehmen. Dabei sind die soziale Lage und das Leistungsprinzip zu beachten, um einen Anreiz für gute Studienleistungen zu schaffen.

SECRET

Die Fachschüler erhalten während des Studiums Stipendien nach den Bestimmungen des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen.

Alle Schüler der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen können an der Gemeinschaftsverpflegung teilnehmen.

Die Unterbringung in Leipzig kann nur für einen Teil der Schüler in Internaten erfolgen. Die Schüler der Außenstellen Naumburg (Saale) und Königs Wusterhausen wohnen in Internaten.

4.2 Fernstudium

Für die Betreuung und Unterstützung der Fernstudenten wird eine besondere Anweisung herausgegeben.

5. Gebühren

Das Direktstudium an der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen ist gebührenfrei.

Die Fernstudenten haben vierteljährlich im voraus als Studiengebühren 20,— DM an die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen zu zahlen. In begründeten Fällen kann die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen auf Antrag die Studiengebühren erlassen.

6. Abschluß des Studiums

Nach der im Studienplan vorgesehenen Ausbildungszeit legen die Fachschüler und die Fernstudenten eine staatliche Abschlußprüfung ab. Nach dem Bestehen der Prüfung sind sie berechtigt, die Berufsbezeichnung zu führen.

Alle Absolventen (außer denen des Einjahresstudiums) haben zur Überleitung auf ihre spätere praktische Tätigkeit eine Vorbereitungszeit zu leisten (GBI. 1954, S. 931, und Anweisung Nr. 9, VMBI. Nr. 13/1955). Das gilt jedoch nicht für die Absolventen des Fernstudiums.

Nach Beendigung der praktischen Vorbereitungszeit sind die Absolventen der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen nach den fachlichen Leistungen und der gesellschaftlichen Mitarbeit sowie ihrer Qualifikation einzusetzen.

7. Fachschulabschluß durch Prüfung für Externe

Jeder Abschluß in den bestehenden Fachrichtungen der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen kann auch durch eine Prüfung als Externer, also ohne Direkt- und Fernstudium, erworben werden. Die gesetzliche Grundlage hierfür ist die Anordnung über die Prüfungen für Externe an den Fachschulen vom 14. Oktober 1957 (GBI. I, S. 592).

Die Prüfung für Externe ist dem Fachschulabschluß im Direkt- und Fernstudium gleichgestellt. Die Teilnehmer erhalten nach der bestandenen Prüfung dasselbe Zeugnis und dieselbe Berufsbezeichnung wie die Absolventen des Direkt- und Fernstudiums.

In der Prüfung für Externe werden die Kenntnisse gefordert, die den Anforderungen im Studienplan der Fachrichtung entsprechen.

Die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen wird die Prüfungen für Externe gemeinsam mit den Abschlußprüfungen des Direkt- und Fernstudiums durchführen. Deshalb erfolgen die Zulassungen jeweils zum Beginn des Studienjahres.

Als Voraussetzungen für die Delegation durch das Amt oder den Betrieb, der die sozialistischen Kaderprinzipien zugrunde zu legen sind, gelten:

- a) gute fachliche Leistungen und gesellschaftliche Mitarbeit,
- b) die Facharbeiterprüfung oder eine entsprechende Qualifikation in dem Fachgebiet und
- c) eine in der Regel zehnjährige Berufspraxis in der Fachrichtung.

Bei der Delegation zur Prüfung für Externe sind die gleichen Unterlagen wie für das Fernstudium jeweils bis zum 15. Mai jedes Jahres den Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen, dem Bereich Rundfunk und Fernsehen oder der Abteilung Kader und Schulung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen (von den dem MPF unmittelbar unterstellten Ämtern und Betrieben) vorzulegen. Die Bezirksdirektionen für Post- und Fernmeldewesen, der Bereich Rundfunk und Fernsehen oder die Abteilung Kader und Schulung des Ministeriums für Post- und Fernmeldewesen reichen die befürworteten Unterlagen bis zum 31. Mai jedes Jahres an die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen weiter. Für die Prüfungen im Sommer 1959 können Delegierungen bis zum 20. Februar 1959 vorgenommen werden.

Über die Zulassung entscheidet die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen. Nach einer Aussprache mit dem Bewerber wird die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen die Prüfungsfächer festlegen und den Bewerber bei der Aufstellung seines Arbeitsplanes für die Prüfungsvorbereitung beraten. Sofern die Bewerber durch das Vorlegen von Belegen ausreichende Kenntnisse in einzelnen Fächern nachweisen, kann die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen die Ablegung der Prüfung in diesen Fächern erlassen. Die Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen wird Externe in der russischen Sprache nicht prüfen.

Die Ämter und Betriebe sind verpflichtet, die Bewerber bei der Vorbereitung auf die Prüfung für Externe zu unterstützen.

Die Prüfung ist innerhalb von 12 Monaten nach der Zulassung abzuschließen. Die Prüfung in einzelnen Fächern kann bereits vorzeitig abgelegt werden, so daß am Schluß der einjährigen Vorbereitungszeit nur noch eine geringe Anzahl von Prüfungsfächern bleibt. Die Prüfung für Externe ist gebührenpflichtig (§ 6 der Anordnung vom 14. Oktober 1957).

8. Zuerkennung der Berufsbezeichnung ohne Prüfung

In der Anordnung über die Prüfungen für Externe an den Fachschulen vom 14. Oktober 1957 (GBI. I, S. 592) sind in § 5 die Rahmenbestimmungen für die Zuerkennung der Berufsbezeichnungen ohne Prüfung festgelegt worden. Danach kann der Staats-

SECRET

25X1

sekretär für das Hoch- und Fachschulwesen u. a. die Berufsbezeichnungen der an der Ingenieurschule für Post- und Fernmeldewesen bestehenden Fachrichtungen zuerkennen.

Die Berufsbezeichnungen können ohne Direktstudium, ohne Fernstudium und ohne Prüfung für Externe nur bei außergewöhnlichen Leistungen und vorbildlicher gesellschaftlicher Mitarbeit verliehen werden, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) Facharbeiterprüfung oder eine entsprechende Qualifikation in dem Fachgebiet;
- b) mindestens zehnjährige Tätigkeit auf Arbeitsplätzen, für die der Fachschulabschluß erforderlich ist, z. B. Ingenieur;
- c) Kenntnisse, die den Anforderungen im Studienplan der Fachrichtung entsprechen;
- d) Mindestalter 50 Jahre.

Die Anträge der Ämter und Betriebe sind formlos mit ausführlicher Begründung der Bezirksdirektion für Post- und Fernmeldewesen vorzulegen und von dieser bei Befürwortung an das Ministerium für Post- und Fernmeldewesen weiter-

zuleiten. Die Bezirksdirektionen haben zu bestätigen, daß die unter a) bis c) genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Die Ämter und Betriebe des Bereichs Rundfunk und Fernsehen legen ihre Anträge dem Bereich vor.

9. Mit dem Veröffentlichen dieser Anweisung werden folgende Bestimmungen außer Kraft gesetzt:

- a) Anweisung Nr. 4 „Ablegung von Sonderprüfungen an den Fachschulen der Deutschen Post“, Beilage zur VMBI.Vf.Nr. 4/1954.
- b) Anweisung Nr. 6 „Sonderprüfungen für Funksendetechnik und Funkbetriebsdienst; Einführung von Zwischenprüfungen für Teilnehmer an Sonderprüfungen“, Beilage zur VMBI.Vf.Nr. 250/1954.
- c) Verfügung der Hauptabteilung Kultur und Schulung, KS 1 F 8110—S Nr. 29/53 vom 31. März 1953.
- d) Anweisung Nr. 13 „Fachschulstudium und Fachschulfernstudium an den Fachschulen der Deutschen Post“, Beilage zur VMBI.Vf.Nr. 65/1956.

St/KadSch 8060—0

Betriebsdienst

- Post -

Nr. 24/1959. Verkauf von Messeausweisen für die Leipziger Frühjahrsmesse 1959

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1959 findet vom 1. bis 10. März 1959 statt. Die Deutsche Post übernimmt wieder den Verkauf der Messeausweise an alle Bewohner der Deutschen Demokratischen Republik und des demokratischen Sektors von Groß-Berlin.

Für den Verkauf der Messeausweise gilt sinngemäß die VMBI.Vf.Nr. 22/1958, Seite 11. Hierbei ist folgendes zu beachten:

Zu I. Anlieferung der Ausweise

Überzählige Messeausweise sind einschließlich der Messeabzeichen bis 19. Februar 1959 an das Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenverteilamt, zurückzusenden; fehlende sind unter Beifügung der Verhandlungsschrift ebenfalls bis 19. Februar 1959 nachzufordern. Die nach dem 19. Februar 1959 beim Hauptpostamt Leipzig N 18 eingehenden Fehlmeldungen können nicht mehr anerkannt werden.

Zu II. Verkaufszeit

Mit dem Verkauf der Messeausweise ist am 16. Februar 1959 zu beginnen. Der Verkauf ist am 10. März 1959 (letzter Messetag) zu beenden.

Zu III. Verkauf der Messeausweise

Der Preis für den Ausweis beträgt einschließlich des Messeabzeichens 10,— DM.

Alle Postanstalten, die nicht für den ständigen Verkauf der Messeausweise nach Absatz III,1 vor-

gesehen sind, müssen bis zum 21. Februar 1959 Bestellungen von Messeausweisen entgegennehmen. Der Bedarf an Messeausweisen ist am 21. Februar 1959 beim zuständigen Hauptpostamt anzufordern. Die bestellten Messeausweise müssen in der Zeit vom 23. bis 25. Februar 1959 abgeholt werden. Nach dem 25. Februar kann von den Bestellern kein Anspruch mehr erhoben werden.

Für Tagesausweise, die nur in Leipzig verkauft werden, dürfen keine Bestellungen entgegen genommen werden.

Zu IV. Abrechnung

Die aus dem Verkauf der Messeausweise erzielten Erlöse — je Ausweis 10,— DM (abzüglich 0,10 DM Provision) — sind von den Hauptpostämtern bis 21. März 1959 auf das Postscheckkonto „Hauptpostamt Leipzig N 18; Messeausweise, Leipzig N 18, Konto-Nr. 60 777, PSchA Leipzig“ mit Kontokarte zu überweisen.

Die Abrechnung der Hauptpostämter über den Verkauf der Messeausweise ist bis zum 21. März 1959 zu fertigen. Die Postämter im demokratischen Sektor von Groß-Berlin rechnen nach Beendigung der Verkaufszeit (10. März 1959) unverzüglich mit dem Hauptpostamt Berlin W 8 ab.

In den Abrechnungen der Hauptpostämter ist nachrichtlich anzugeben, wieviel Messeausweise von den Postämtern ohne ständigen Verkauf (s. zu III) auf Grund von Bestellungen ausgegeben worden sind.

SECRET**Zu V. Verkaufsüberwachung**

Die mit dem Verkauf der Messeausweise beauftragten Postanstalten haben am 21., 25., 28. Februar 1959, 4., 9. und 13. März 1959 bis 12.00 Uhr dem zuständigen Hauptpostamt und diese bis 15.00 Uhr dem zuständigen Wertzeichenverteilamt die Anzahl der verkauften Messeausweise und den vorhandenen Bestand zu melden. Die Wertzeichenverteilämter fassen die Zahlen der Hauptpostämter zusammen und übermitteln das Ergebnis sofort fern-

mündlich (bis spätestens 17.00 Uhr) dem Hauptpostamt Leipzig N 18, Wertzeichenverteilamt, Fernsprecher: 64 031, HA: 63.

Alle mit dem Verkauf der Messeausweise beauftragten Mitarbeiter sind vor Beginn des Verkaufs an Hand dieser VMBI.Vf. und der VMBI.Vf.Nr. 22/1958, Seite 11, sowie der vom Leipziger Messeamt gelieferten Merkhefte für Verkaufsstellen eingehend zu belehren.

P OB 2 e 2140—0

- Zeitungsvertrieb -**Nr. 25/1959. Formblätter für die Lohnberechnung der Zeitungszusteller**

Die Abonnements- und Nummernstücke wurden bisher für die Lohnberechnung der Zeitungszusteller unterschiedlich erfaßt. Es wurden verschiedenartige Formblätter verwandt, die oftmals zu Unterschieden sowie zu einem erhöhten Papierverbrauch führten.

Nach Verbesserungsvorschlägen sind von Vertretern aus den Betrieben und dem Betriebslabor Postzeitungsvertrieb zwei neue Formblätter entwickelt worden: Z 113 „Zusammenstellung der zugestellten Abonnements“, Z 112 „Nachweis für Lohnberechnung der Vertreterleistung“.

a) Zusammenstellung der zugestellten Abonnements

Die Objekte sind geordnet nach Vergütungsgruppen (sechs-, fünfmalige Erscheinungsweise) einzutragen und in einer jeweils zu bildenden Spalte „Gesamtstückzahl“ je Zusteller von links nach rechts zusammenzufassen. Erst werden die Tageszeitungen, die sonntags und werktags erscheinen, eingetragen. Sodann sind die Zwischensumme zu bilden und die Tageszeitungen, die nur werktags erscheinen, zu vermerken. Anschließend wird für diese Vergütungsgruppe die Schlußsumme gebildet. Auf der nächsten Seite sind — geordnet nach der Erscheinungsweise — alle übrigen Objekte einzutragen. Sind die Objekte einer Vergütungsgruppe vermerkt worden, so ist auch hier die nächste Spalte für die Gesamtzahl zu benutzen. Die rechnerische Richtigkeit der Zusammenstellung läßt sich leicht prüfen, weil die Summe der Objektspalte gleich der Summe der Spalte „Gesamtstückzahl“ sein muß.

Nachdem alle Eintragungen vorgenommen worden sind, ist die Gesamtstückzahl der einzelnen Vergütungsgruppen je Zusteller in die Lohnliste zu übernehmen. Diese ist die Grundlage für die Ermittlung der Beträge.

Damit sämtliche Postzeitungsvertriebe einheitlich arbeiten, wird der Termin für die Erfassung der Abostücke auf den 15. eines jeden Monats festgelegt.

Postzeitungsvertriebe mit wenigen Zeitungszustellern benutzen das Formblatt für mehrere Monate.

b) Nachweis für Lohnberechnung der Vertreterleistung

Das Formblatt wird zum Berechnen der zugestellten Zeitungsnummernstücke benutzt. Die Berechnung ist für jeden Zustellbezirk, in dem ein Vertreter eingesetzt wird, vorzunehmen. Während die Zahl der Abos an Tageszeitungen aus der „Zusammenstellung der zugestellten Abonnements“ zu ersehen ist, sind die Zeitschriften einzeln — getrennt nach Vergütungsgruppen — mit Titel und Zahl der Nummernstücke zu erfassen.

Um das Ermitteln der Vergütung für Wegestrecken zu erleichtern, ist es zweckmäßig, Tabellen anzufertigen, von denen jeweils die Vergütung bei 24-, 25-, 26maliger Zustellung je Zustellbezirk abgelesen werden kann.

Die neuen Formblätter sind beim Vordruck-Leitverlag Spremberg (Niederlausitz) zu bestellen und erstmalig ab Monat März 1959 zu verwenden.

PZ 1 c 2320—5

Mitteilungen**Nr. 8/1959. Sonder- und Werbestempel**

(Erläuterungen zu a bis e siehe am Schluß der Mitteilungen)

a) 50 Jahre Gewerkschaft Land und Forst

b) 1. Berlin N 4, Berlin W 8, Dresden A 1, Frankfurt (Oder) 2, Güstrow, Neubrandenburg (Meckl)

2. Cottbus, Erfurt 1, Gera 4, BPA 29 Halle (Saale), Karl-Marx-Stadt C 4, Leipzig C 13, BPA 7 Magdeburg, Meiningen, Potsdam 1, Rostock 2, Schwerin (Meckl)

c) Zu 1: Handstempel

Zu 2: Maschinenstempel

d) Zu 1: BERLIN N 4 usw.

1. 2. 59—00
1909 1959

50 JAHRE GEWERKSCHAFT LAND UND FORST
Bildliche Darstellung: Wirtschaftszweige der Land- und Forstwirtschaft

Zu 2: 50 JAHRE GEWERKSCHAFT LAND UND FORST

21.—22. 2. 1959

Bildliche Darstellung: wie zu 1

e) Zu 1 und 2: 1. bis 28. Februar 1959

a) Anlaß b) Verwendungs-PA c) Art des Stempels d) Stempelinschrift e) Verwendungsdauer

DPW 2851—0

Herausgeber: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin W 66, Verlag: (4) VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin. Fernspr. 27 64 11. Postscheckkonto: 1400 25. — Die Verfügungen und Mitteilungen erscheinen in der Regel am 1., 8., 15. und 23. jedes Monats. — Ag 114/59/DDR — Druck: VEB Berliner Druckhaus, Berlin NO 55